



WASG und Linkspartei unterstützen IG-Metall Kundgebung

Trotz Nullrunde um Nullrunde, Nachhaltigkeitsfaktor und Riester-Rente sind CDU und SPD für weitere Rentenkürzungen und die Bundesregierung hat immer noch nicht genug, so Thomas Mitsch, Kreisvorstandssprecher des WASG Kreisverbandes Esslingen. Deshalb unterstützten der Kreisverband der WASG und die Linkspartei Esslingen die Großkundgebung der IG-Metall gegen „Rente mit 67“ am 29. Januar 2007, auf dem Marktplatz in Esslingen. Der neue Angriff auf die Rentnerinnen und Rentner heißt Rente mit 67. Merkel und Müntefering planen, ab dem Jahr 2012 das Eintrittsalter für die Rente stufenweise von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Laut Kreisvorstand Bernd Luplow bedeutet die Anhebung des Eintrittsalters auf 67 eine massive Rentenkürzung durch die Hintertür. Wer nach den neuen Regeln mit 65 Jahren in Rente geht, muss eine Kürzung von 7,2 Prozent hinnehmen. Und das, obwohl die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon heute nicht bis 65 durchhalten. Die Rente mit 67 schürt einen Generationenkonflikt, sie spielt alte gegen junge Menschen aus. Gleichzeitig beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 2006 fast 10 Prozent, jedes Jahr fehlen Zehntausende Ausbildungsplätze. Während sich Mutter bis 67 abrackern muss, findet ihr Sohn keinen Job, meint Luplow. Vielen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern droht statt Rente eine um zwei Jahre verlängerte Erwerbslosigkeit. Anstatt ihren wohlverdienten Lebensabend zu genießen, zwingt sie die Bundesagentur für Arbeit, weiterzuarbeiten oder sich arbeitslos zu melden. Schon jetzt erreichen nur 10 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Regelrente mit 65 Jahren. Bereits heute ist erkennbar, wohin die Rente mit 67 führt: Erwerbslosigkeit und Altersarmut für diejenigen, die nicht bis 67 arbeiten können. Die meisten von ihnen müssten dann von Hartz IV leben und sie müssten ihren Besitz fast vollständig veräußern. Die Lohndrückerei muss beendet werden. Dazu muss ein Mindestlohn von 7,50 Euro brutto eingeführt und umfassende Lohnerhöhungen auf breiter Front sichergestellt werden. Dann, argumentiert Kreisvorstandssprecher Mitsch, wären die sozialen Sicherungssysteme einschließlich der Rentenversicherung wieder problemlos finanzierbar.